

## **Entschließungsantrag**

**der Abgeordneten Dr. Uschi Eid, Kerstin Müller (Köln), Jürgen Trittin, Winfried Nachtwei, Marieluise Beck (Bremen), Volker Beck (Köln), Alexander Bonde, Thilo Hoppe, Ute Koczy, Omid Nouripour, Claudia Roth (Augsburg), Manuel Sarrazin, Rainer Steenblock und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

**zu der Beratung des Antrags der Bundesregierung  
– Drucksachen 16/11337, 16/11416 –**

**Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der EU-geführten Operation Atalanta zur Bekämpfung der Piraterie vor der Küste Somalias auf Grundlage des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen von 1982 und der Resolutionen 1814 (2008) vom 15. Mai 2008, 1816 (2008) vom 2. Juni 2008, 1838 (2008) vom 7. Oktober 2008, 1846 (2008) vom 2. Dezember 2008 und nachfolgender Resolutionen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen in Verbindung mit der Gemeinsamen Aktion 2008/851/GASP des Rates der Europäischen Union vom 10. November 2008**

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

die interfraktionelle Beschlussempfehlung des Deutschen Bundestages (Bundestagsdrucksache 16/5754) zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Politische Lösungen sind Voraussetzung für Frieden in Somalia“ (Bundestagsdrucksache 16/4759) umzusetzen.

Berlin, den 17. Dezember 2008

**Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion**

### **Begründung**

Das Problem der Piraterie am Horn von Afrika kann nur dann eingedämmt und beseitigt werden, wenn politische Lösungen für eine Stabilisierung Somalias erfolgen. Vereinzelt Maßnahmen gegen Piraten oder ein Schutz einzelner Schiffe reichen nicht aus, da sie die Ursachen der Piraterie nicht beseitigen können.

Stattdessen sind umfassende und zugleich gezielte politische Schritte zur Lösung des Somalia-Konflikts notwendig, die dessen Einbettung in regionale Konfliktkonstellationen gerecht werden. Nur so wird die Wiederherstellung des staatlichen Gewaltmonopols in Somalia möglich werden.

Die Bundesregierung ist am 21. Juni 2007 durch den Deutschen Bundestag aufgefordert worden, gezielte Schritte zur Konfliktlösung in Somalia zu ergreifen. Der Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Bundestagsdrucksache 16/4759) „Politische Lösungen sind Voraussetzung für Frieden in Somalia“ – Bundestagsdrucksache 16/5754) wurde von allen Fraktionen des Deutschen Bundestages zugestimmt.

Seit mehr als einem Jahr ist die Bundesregierung somit aufgefordert, an Initiativen zur Lösung des Grenzkonflikts zwischen Eritrea und Äthiopien mitzuwirken, auf einen regionalen Dialog zum Ausgleich von Sicherheitsinteressen hinzuwirken, aktiv zur EU-Partnerschaft mit dem Horn von Afrika beizutragen sowie auf einen Dialogprozess hinzuwirken, der die Bildung einer repräsentativen Regierung der nationalen Einheit sowie eine Übereinkunft über die inner-somalische Akzeptanz von AMISOM zum Ziel hat. Die Bundesregierung wurde in der Beschlussempfehlung weiterhin aufgefordert dazu beizutragen, dass AMISOM auf einer solchen Basis entsandt werden kann und als unparteiisch wahrgenommen wird, sich für einen differenzierten Umgang mit dem politischen Islam einzusetzen, Maßnahmen gegen die Verletzung des UN-Waffenembargos zu ergreifen, die Initiative für einen Wiederaufbauplan zu ergreifen, Somalia in Aussicht zu stellen, Kooperationsland der deutschen Entwicklungszusammenarbeit zu werden, sobald eine breit akzeptierte Übergangsregierung errichtet ist, sowie Gefahren für die Stabilität Somalilands abzuwenden.

Die Aufforderungen des Deutschen Bundestags an die Bundesregierung sind weitestgehend verhallt. Die Forderungen sind in weiten Teilen nach wie vor aktuell bzw. dringlicher als zuvor.